

# I

## ANORDNUNG

Seite

<b>1. Teil: Rechtsgrundlagen und methodische Grundlegung</b>	<b>1</b>
Einleitung	1
<b>A Überblick über die Rechtsgrundlagen</b>	<b>5</b>
I. § 19 Abs. 1 EStG	5
II. § 2 EStG	7
III. § 8 Abs. 1 EStG	7
IV. § 2 Abs. 1 LStDV	9
1. Wirksame Ermächtigungsgrundlage?	10
2. § 2 Abs. 1 LStDV als Durchführungsbestimmung	12
3. Ergebnis	14
V. Zusammenfassung	15
<b>B Entwicklungsgeschichte und historische Auslegung des § 19 Abs. 1 EStG</b>	<b>16</b>
I. Die Vorläufer des § 19 Abs. 1 EStG	17
II. Weitere Rechtsentwicklung	20
III. Wille des historischen Gesetzgebers	21
<b>C Wortsinn und objektivierte Auslegung des § 19 EStG</b>	<b>22</b>
I. Grammatische Auslegung des § 19 Abs. 1 EStG	22
1. Generalklausel trotz beispielhafter Aufzählung	25
2. Bezeichnung der Einnahmen des Arbeitnehmers durch das EStG	26
3. Für eine Beschäftigung	27
4. Exkurs: Trinkgelder	31
5. Offener Kausalzusammenhang	32
II. Die objektivierte Auslegungstheorie des BVerfG	33
<b>D. Ansätze verfassungskonformer Auslegung des § 19 EStG unter besonderer Berücksichtigung einheitlicher kausalrechtlicher Beurteilung von Einkunftstatbeständen</b>	<b>34</b>
I. Symmetrie zwischen Werbungskosten und Betriebsausgaben	35
II. Symmetrie zwischen Einnahmen und Betriebseinnahmen	36

	Seite
III. Auslegung des § 19 Abs. 1 EStG und Gleichheitssatz	37
IV. Zwischenergebnis: Einheitliche kausalrechtliche Beurteilung von Einkunftstatbeständen als Gebot gleichheitssatzkonformer Interpretation des Gesetzes	40
<b>2. Teil: Grundlagen einkommensteuerrechtlicher Kausalität und Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit</b>	<b>43</b>
<b>A Meinungsstand zum kausalrechtlichen Verständnis der Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit</b>	<b>44</b>
I. Bisherige Lösung der Praxis	44
II. Neuer Ansatz in der Literatur	46
<b>B Veranlassungsprinzip als anerkannte Kausalitätstheorie</b>	<b>48</b>
<b>C Rechtsdogmatische Grundlagen steuerrechtlicher Kausalität bei Erwerbsbezügen</b>	<b>49</b>
I. § 8 Abs. 1 EStG als dogmatischer Ausgangspunkt	49
II. Allgemeine rechtstheoretische Grundlage juristischer Kausalität	50
III. Bestimmung der einkommensteuerrechtlich relevanten Ursachen	51
1. Beurteilungsmaßstäbe für einkommensteuerrechtliche Relevanz	52
2. Die Rechtsprechung des BFH zur Veranlassungstheorie	53
3. Die finale Handlungslehre im Einkommensteuerrecht	54
a) Finalität des Erwirtschaftens	55
b) Einkünfte als Erfolg für die Beteiligung am wirtschaftlichen Verkehr	56
c) Stellungnahmen in der Literatur	58
4. Ursachenauswahl nach der Adäquanztheorie	58
5. Ursachenauswahl nach der Theorie der wesentlichen Bedingung	60

	Seite
6. Stellungnahme	62
7. Kumulative und unterbrechende Kausalität	64
8. Zusammenfassung	65
<b>D Bestimmung der Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit nach dem Veranlassungsprinzip</b>	<b>67</b>
I. Entwicklung der Rechtsprechung des BFH zu den Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit	67
II. Die Einnahmen des Arbeitnehmers nach den Grundlagen steuerrechtlicher Kausalität	69
III. Gesetzesteleologische Anwendung des Veranlassungsprinzips	72
1. Objektives Leistungsfähigkeitsprinzip	73
2. Markteinkommensprinzip	75
3. Totalitätsprinzip	77
4. Zusammenfassung	78
IV. Einheitlicher Vollzug des Veranlassungsprinzips bei Erwerbsbezügen sowie Erwerbsaufwendungen	78
V. Ergebnis des Zweiten Teils	80
<b>3. Teil: Einzelfälle der nicht durch das Dienstverhältnis veranlaßten Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit</b>	<b>81</b>
<b>A Fallgruppen der außerhalb des Dienstverhältnisses erzielten Einnahmen</b>	<b>81</b>
<b>B Gesetz-, sitten- oder pflichtwidrige Einnahmen</b>	<b>81</b>
I. Bedeutung der Unredlichkeit für die Einkunftstatbestände	82
II. Entgegennahme von Schmier- und Bestechungsgeldern	84
1. Schmier- und Bestechungsgelder in der Rechtsordnung	85
2. Schmier- und Bestechungsgelder im Einkommensteuerrecht	86

	Seite
3. Schmier- und Bestechungsgelder als Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit	87
a) Ergänzende Kriterien der h. M.	88
b) Stellungnahme	89
c) Veranlassung durch die nichtselbständige Erwerbstätigkeit	90
III. Vorteile aus Diebstählen und Unterschlagungen	92
1. Bei Gelegenheit der Berufstätigkeit erlangte Vorteile	93
2. Veranlassung durch die nichtselbständige Erwerbstätigkeit	94
IV. Vorteile aus unerlaubter Nutzung betrieblicher Einrichtungen	97
<b>C Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit außerhalb des Beschäftigungsverhältnisses</b>	<b>99</b>
I. Streik- und Aussperrungsunterstützungen	99
1. Streikgelder und Lohnsteuerpflicht	100
2. Bedenken gegen die Einkommensteuerbarkeit der Streikgelder	101
3. Einkommensteuerbarkeit der Streikgelder nach der Gegenansicht	103
4. Streikgelder und Veranlassungsprinzip	104
a) Funktion des § 24 Nr. 1 Buchst. a EStG	105
b) Veranlassung durch die nichtselbständige Erwerbstätigkeit	108
c) Tarfermäßigung	111
5. Steuerpflicht der Streikgelder und Gesamt-rechtsordnung	112
a) Koalitionsfreiheit, Art. 9 Abs. 3 GG	112
b) Grundsatz der staatlichen Neutralität im Arbeitskampf	114
II. Ersatzleistungen der Kaskoversicherung für beruflich veranlaßte Unfallkosten	115
1. Rückfluß von Aufwendungen als Einnahmen oder negative Werbungskosten?	116

	Seite
2. Veranlassung durch die nichtselbständige Erwerbstätigkeit	118
III. Weitergeleitete Aufsichtsratsvergütungen	120
<b>Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit</b>	125
<b>Literaturverzeichnis</b>	135
<b>Verzeichnis der angeführten Gerichtsentscheidungen</b>	145